

## **Protokoll Politikerwoche 2013** - Gespräch mit Ulrich Schneider (Grüne) - 26.06.2013

Deutscher Bundestag – Reichstagsgebäude/Fraktionsebene

anwesend: Ulrich Schneider, Lisa Dittrich (Mitarbeiterin);

Eva Meckel, Hanin Ibrahim, Johannes Mann, Ole Fabricius

### **- kurze Vorstellungsrunde**

#### **- Arbeitsmarktneutralität**

Der fünfte Bundessprecher, Crispin Deppe, kann bei der Politikerwoche nicht anwesend sein, da er von seiner Einsatzstelle gebraucht wird. In einigen Einsatzstellen werden die Freiwilligen als vollwertige Arbeitskraft gesehen. Wir sehen die Arbeitsmarktneutralität in den Freiwilligendiensten gefährdet, wenn einige Stellen existenziell auf die Arbeit der Freiwilligen angewiesen sind. Dafür haben wir einige Beispiele genannt.

→ Herr Schneider teilt unsere Kritik und freut sich über Vorschläge, für konkrete Verbesserungen.

→ An dieser Stelle erläuterten wir die uns von Herrn Sönke Rix (SPD) bekannte Idee der Errichtung einer bundesweit einheitlichen Ombudsstelle, die als unabhängige, neutrale Anlaufstelle für Freiwillige dienen soll. Wir kritisierten die Doppelrolle des BAFzA, das zeitgleich Träger und Kontrollorgan ist und stellten in Frage, ob ein Freiwilliger sich bei persönlichen Anliegen wie Problemen in der Einsatzstelle wirklich direkt an ein Bundesamt richten würde: Rechte sind oft unbekannt; Hemmschwelle ist sehr hoch; Angst vor noch weiteren Problemen in der Einsatzstelle.

→ Schneider sieht die Doppelrolle des BAFzA auch kritisch und spricht sich für ein Freiwilligendienstestatusgesetz aus.

→ Wir ergänzten noch, dass es Einsatzstellen gibt, die dem jeweiligen Träger Gelder für die Freiwilligen zahlen. Einsatzstellen, die dies nicht können sind dabei benachteiligt, weil die Träger aus Eigeninteresse oft Stellen bevorzugt besetzen, wenn sie von diesen finanziert werden.

#### **- Sprechersysteme in anderen Freiwilligendiensten**

Wir sehen Sprechersysteme in allen Freiwilligendiensten als notwendig an, da so alle Freiwilligen Ansprechpartner aus den eigenen Reihen haben, die zwischen den Freiwilligen, Einsatzstellen und Trägern vermitteln können. Desweiteren würden so die Interessen der Freiwilligen in allen Diensten gebündelt und entscheidenden Akteuren mitgeteilt. Wenn alle Freiwilligendienste bundesweit demokratisch Sprecher wählen würden, könnten die Bundessprecher aus den verschiedenen Diensten gemeinsam agieren und sich so zusammen für die Rechte der gesamten etwa 90.000 Freiwilligen in Deutschland einsetzen. Im BFD soll es auch ein Sprechersystem geben, eine entsprechende Wahlverordnung wurde im März im Bundesgesetzesblatt veröffentlicht. Dazu haben wir einen Fragenkatalog und Kritikpunkte ausgearbeitet. Darunter zum Beispiel: Wie wird das Sprechersystem bezüglich der Altersoffenheit U27/Ü27 im BFD gestaltet? Wie wird sichergestellt, dass jeder BFDler abstimmen kann, wenn eine Abstimmung nur online möglich ist?

→ Schneider empfinde unsere Kritik als berechtigt und sehe es ebenso notwendig, dass in allen Freiwilligendiensten SprecherInnensysteme etabliert werden. Nachdem die gesetzliche Pflicht für ein SprecherInnensystem im BFDG existiert, begrüßt er das nun endlich, wenn auch viel zu spät, etwas passiert. Dennoch müsse dieses System qualitativ hochwertig sein. Er bietet an, hier wenn nötig weiter bei der Bundesregierung nachzuhaken.

→ Wir ergänzten noch, dass wir vom BAK FÖJ (Zusammenschluss der FÖJ-Träger) wissen, dass es vom BAFzA eine Arbeitsgemeinschaft geben soll, die das Sprechersystem im FÖJ überarbeiten und unsere Aufgaben klar definieren und festlegen wolle, dass wir jedoch nichts weiter darüber erfahren und bislang auch nicht einbezogen werden, obwohl wir entsprechende Personen aus BAFzA und BMFSFJ bereits dazu angefragt haben.

→ Herr Schneider wird über die Änderungen im Sprechersystem des FÖJ parallel zum BFD (ÖBFD) versuchen mehr zu erfahren

→ Weitere Ergänzung von uns: Im FSJ in Sachsen wurde gerade der Grundstein für ein Sprechersystem gelegt, darüber können wir ihm gern Informationen zukommen lassen; Er könnte sich mit dem BAK FSJ (Arbeitsgemeinschaft der Träger im FSJ) in Verbindung setzen und dort das Sprechersystem aus Sachsen als Positivbeispiel benennen und für eine Umsetzung in den anderen Bundesländern plädieren.

→ Herr Schneider zeigte Interesse an den Entwicklungen in Sachsen.

#### **- Klausurtagung Freiwilligendienste / Partizipation auf politischer Ebene**

Erklärung der aktuellen Situation: Bezüglich der Tagung haben wir noch keinerlei offizielle Antwort auf unseren Appell und unsere Nachfrage zu Ergebnissen der Tagung vonseiten des BMFSFJ (Bundesfamilienministerium) erhalten. Ein geplantes Gespräch während der Politikerwoche mit Dr. Jens Weingärtner aus dem BMFSFJ wurde abgesagt. Wir betonten, dass wir gern mehr Informationen zur freiwilligendienstpolitischen Arbeit erhalten und andersherum unsere Ideen gern miteinbringen würden.

→ Nachdem wir noch keinerlei Antwort erhalten haben wird sich Ulrich Schneider dazu mit den Abgeordneten des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement austauschen, und uns informieren.

Er betonte, dass unsere Nachfolger so früh wie möglich Kontakt zu ihm aufnehmen sollen, damit bezüglich der Teilnahme an der Klausurtagung schnellstmöglich etwas erreicht werden könne.

#### **[Wiederholung des Abschnitt oben]- Anerkennungskultur**

Freiwilligendienste werden im Gegensatz zu dem Zivildienst noch nicht sehr positiv in der Gesellschaft anerkannt. Seit 2012 gibt es einen bundesweit einheitlichen Freiwilligendienstausweis, der jedoch in der Praxis oft noch nicht anerkannt wird. Freiwilligendienstleistende sind für Ermäßigungen gesetzlich mit Azubis gleichgesetzt. Freiwillig Wehrdienstleistende können teilweise kostenlos mit der Deutschen Bahn fahren, solche Vergünstigungen gibt es in anderen Diensten nicht. Die Befreiung vom Rundfunkgebührenbeitrag, Ermäßigungen bei der Deutschen Bahn, Anerkennung des Ausweises und in der Gesellschaft würden zur Verbesserung der Anerkennungskultur beitragen.

→ Schneider schlug vor, dass eine Imagekampagne helfen könne, dass Freiwillige mehr an Bedeutung und Anerkennung erfahren. Wir merkten an, dass die Bewerberzahlen doch stets massiv höher seien, als die Zahl der Plätze und dass – wie auch Florian Bernschneider (FDP) bereits betonte – eine Kampagne eher zu noch höheren Bewerberzahlen führen würde. Schneider stellte jedoch klar, dass Werbekampagnen stets bestimmte Zielgruppen haben und man dann natürlich keine Werbung in Jugendzeitschriften o.Ä. machen dürfte.

→ Wir bezogen uns auf die Problematik der Rundfunkgebührenbefreiung, die uns bisher auch beschäftigt hatte und benannten das Argument, dass BAFÖG-Empfänger von der Zahlung befreit sind,

Freiwillige, die oft weniger Gelder bekommen, jedoch nicht. Uns ist bekannt, dass das Thema in der Verantwortung der Länder liegt und im nächsten Jahr darüber debattiert wird, dennoch würden wir uns in dieser Hinsicht direkte Impulse vom Bund aus wünschen.

→ Für Schneider liege das Problem direkt im Rundfunkgebührengesetz: BAFÖG-Empfänger und andere Empfänger sozialstaatlicher Leistungen stünden als von Zahlungen Befreite drin, Freiwilligendienstleistende seien vollkommen außen vor gelassen. Das müsse sich ändern. Eine kompromisslose Befreiung finde Schneider findet allerdings schwierig: Die Befreiung müsse mit einer Einkommensgrenze gekoppelt werden.

#### **- Pustebume**

Zum Ende haben wir ihm die neue Ausgabe unserer FÖJ-Zeitung Pustebume übergeben und erklärt, wie wichtig wir es finden, die Vernetzung der FÖJler über unseren Blog und die Zeitung aufrecht zu erhalten, über unsere Tätigkeiten zu informieren und allen die Chance zu geben, sich einzubringen.